

# Nein zum grenzenlosen Personenverkehr für 475 Millionen EU-Ausländer!

von Lukas Reimann, Kantonsrat, Präsident JSVP Kt. SG, Wil

Während viel über den Schengen-Vertrag und die Bilateralen II berichtet wird und glücklicherweise auch bereits eine Gegenkampagne gestartet wurde, hört man erstaunlicherweise über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Staaten im Rahmen der Bilateralen I kaum etwas. Zu Unrecht: Eine Annahme dieses Abkommens hätte fatale Auswirkungen für jede Schweizerin und für jeden Schweizer!

## Zuwanderung wird unkontrollierbar

Bisher konnte die Schweiz je nach Wirtschaftslage, Arbeitslosenzahlen und Bedarf die Anzahl Ausländerinnen und Ausländer mittels Bewilligungsverfahren selber festlegen und kontrollieren. Der Schweizer Arbeitnehmer hatte dabei grundsätzlich den Vorrang. Dieses System ist flexibel und kann die Einwanderungsströme einigermaßen steuern.

Nach dem System des freien Personenverkehrs mit der EU würde die Kontrolle der Einwanderung vollständig abgeschafft. Es gäbe keinen Inländervorrang mehr und die Ausländer müssten in allen möglichen Bereichen wie Schweizer behandelt werden. Jeder EU-Bürger hätte das Recht, in die Schweiz zu kommen, hier zu arbeiten und von unseren Sozialleistungen zu profitieren. Die EU-Befürworter behaupten, die Personenfreizügigkeit sei nötig, um genügend Arbeitskräfte für die Wirtschaft zu generieren. Dies ist eine grosse Lüge:

Vom 1. Januar 1990 bis zum 31. Dezember 2002 sind ohne den freien Personenverkehr rund 1,3 Millionen Ausländer neu eingewandert und haben eine Jahresaufenthaltsbewilligung erhalten. Davon kamen 519'881 als Erwerbstätige. Gemessen an der Gesamtbevölkerung sind im erwähnten Zeitraum über dreimal mehr Ausländer in die Schweiz eingewandert als in die Europäische Union. Auch der Wanderungssaldo bei den Ausländern (Differenz zwischen Einwanderung und Auswanderung) ist in der Schweiz über dreimal höher als in der EU.

Beim freien Personenverkehr geht es also schlicht und einfach darum, die Kontrolle der Einwanderung abzuschaffen. Zuerst für die zehn neuen EU-Staaten, später auch für Rumänien, Bulgarien, die Staaten aus dem ehemaligen Jugosla-

wien und schlussendlich auch für die Türkei.

Auch machen die EU-Lobbyisten geltend, der freie Personenverkehr werde ja schrittweise und mit Übergangsfristen eingeführt. Doch das spielt gar keine Rolle. Ob diese grenzenlose und unkontrollierbare Einwanderung schon 2006 oder erst 2012 voll in Kraft treten wird: Unser Land kann über längere Zeit eine derartige, noch nie da gewesenen Überfremdungswelle nicht überstehen.

## Fatale Folgen

Aktuell gilt das Abkommen zum Personenverkehr erst für die alten EU-Staaten. Doch bereits jetzt sind die Auswirkungen massiv. In Deutschland werden für Arbeitslose bereits Seminare zum Thema „Arbeiten in der Schweiz“ angeboten. Die Gewerkschaften berichten über einen Lohndruck durch EU-Billigarbeiter und die Arbeitsämter melden einen Anstieg der Arbeitslosigkeit aufgrund des Personenverkehrs. Wohl gemerkt, diese Probleme sind schon heute da, obwohl der Wohlstandsunterschied zwischen der Schweiz und der alten EU im Verhältnis zu den neuen und den zukünftigen EU-Staaten vernachlässigbar ist.

Gesundheitsexperten warnen vor Milliardenkosten aufgrund einer Invasion ins soziale Netz und Sicherheitsexperten warnen vor einem rasanten Kriminalitätsanstieg, wie ihn die Schweiz noch nicht erlebt hat.

Bundesbern ignoriert die mahnenden Stimmen, obwohl die Zukunft der Schweiz auf dem Spiel steht. In Bern hat man noch nicht begriffen, dass nationale Einwanderungsdebatten Makulatur sind, wenn man dabei nicht im Blick hat, was von Europa kommt. Die Schweiz braucht kein verschärftes "Einwanderungsgesetz": Die Folgen der dilettantisch übers Knie gebrochenen EU-Osterweiterung reichen völlig aus, um unser Land zu ruinieren. Wäre der Bundesrat ehrlich mit den Bürgern, müsste er ihnen offen sagen, was auf sie zukommt. Dass der kleiner werdende Sozialkuchen mit immer mehr Hungrigen geteilt werden muss. Dass das neue Ausländergesetz, das die Türen für Einwanderer aus Nicht-EU-Staaten etwas weniger weit öffnet

soll, ein Pappentiel sein wird gegen die Massennigration, die uns EU-Richtlinien zur Freizügigkeit (inkl. Familiennachzug) bescheren werden.

Jegliche Steuerung der Einwanderung wäre verboten und damit würde der stärkste Hebel zur Förderung unseres Wohlstandes für immer blockiert.

### **Es braucht zwei Referenden!**

Der grenzenlose Personenverkehr ist ein vorentscheidender Matchball mit massiven Auswirkungen auf die Schweiz. Neben Milliardenkosten und einem rasanten Kriminalitätsanstieg würden Souveränität, Wohlstand und eine eigenständige Ausländerpolitik definitiv ruiniert und dem EU-Beitritt stände (fast) nichts mehr im Wege.

Deshalb ist gleichzeitig neben dem Schengen-Referendum, das mit dem freien Personenverkehr nichts zu tun hat, zwingend ein zweites Referendum gegen die Ausweitung des freien Personenverkehrs notwendig.

#### **Anmerkung vom Verlag „die Idee“:**

Lukas Reimann hat eine ausführliche Broschüre zu diesem Thema mit dem Titel „Abstieg – Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die erweiterte EU als fatale Mausefalle zum endgültigen Abstieg der Schweiz!“ verfasst.

Sie können diese Broschüre mit dem Talon auf Seite X kostenlos bestellen.